

# Nichts ist zuende oder vorbei – Holger muss frei!

Clockwork 129a  
14/11/91

**A**m 2. Oktober 1991 wurde Holger Deilke vor dem Oberlandesgericht (OLG) Hamburg zu drei Jahren Knast wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF verurteilt. In clockwork Nr. 24 berichteten wir zum Prozessbeginn. Der vorsitzende Richter Mentz blieb mit dem Urteil zwar unter den, von der Bundesanwaltschaft (BAW) geforderten fünf Jahren, dennoch ist diese mit dem Urteil „zufrieden“, denn ihr Ziel war eine Verurteilung wegen Mitgliedschaft in der RAF.

Daß Holger nicht Mitglied in der RAF war hat er selbst in mehreren Erklärungen immer wieder gesagt.

Die Urteilsbegründung beschäftigt sich ausführlich mit Holgers politischer Geschichte, in der die Auseinandersetzung mit politischen Gefangenen und der Kampf für die Zusammenlegung ein wichtiger Teil war und ist.

Daß er an seinen politischen Positionen festhält, in seinen Erklärungen zwar deutlich sagt, daß er die damalige Entscheidung zur Flucht heute für einen Fehler hält, aber genauso keinen Zweifel daran läßt, daß er weiter kämpfen wird für eine grundlegende Gesellschaftsveränderung, weil für ihn, anderes Leben hier garnicht möglich ist, ist der Grund für seine Verurteilung.

**A**usdrücklich sagt Mentz, hätte allein die Tatsache, daß sich Holger 1988 einem 129 a Prozess und einer zu erwartenden Verurteilung entzogen und illegal gelebt hat, nicht für eine Verurteilung wegen Mitgliedschaft ausgereicht. 1988 war gegen Holger, Ute Hladki und Christoph von Hören ein Haftbefehl wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ ausgestellt worden. Holger und Ute entzogen sich diesem Prozess; Christoph wurde damals zu 18 Monaten Knast verurteilt – sie hatten eine Veranstaltung organisiert zur Unterstützung der Forderung der politischen Gefangenen nach Zusammenlegung.

Nachdem der Versuch gescheitert ist, ihm die Beteiligung an einer angeblichen „Ausspähung“ des ehemaligen Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Industrie (Bdi), Tyll Necker nachzuweisen, bleibt an konkreten Indizien, die für die Verurteilung herangezogen werden sollten, nur noch eine Liste von KFZ-Kennzeichen und die Sammlung von Material über Personen und Strukturen aus Wirtschaft und Politik.

Das allerdings reichte dem OLG, Holger wegen Mitgliedschaft zu verurteilen.

Die BAW hat damit ihr Ziel erreicht, erstens die in den letzten Prozessen begonnene Erweiterung, der vom Apparat erklärten RAF-Mitgliedschaft, zu zementieren und sogar darüber hinaus zu gehen, indem sie bei Holger garnicht mal mehr einen konkreten Tatvorwurf braucht. Es geht um die Möglichkeit wirklich jede radikale Opposition zu diesem Staat vor Gericht bringen zu können.

Richter Mentz geht es bis zuletzt darum, Holger zum „Abschwören“ zu bringen, besonders deutlich wird dies bei dem, von ihm angesetzten Haftprüfungstermin, da Holger schon fast zwei Drittel der drei Jahre abgesessen hat. Auf Holgers Erklärung, er wolle klangfristig mit Ute Hladki zusammen ziehen und wenn es möglich ist, sie pflegen, antwortet Mentz – der Zynismus kennt keine Grenzen – das Zusammenleben mit der querschnittsgelähmten Ute Hladki würde die Fluchtgefahr erhöhen und vergleicht Utes Wohnung mit der Hafenstrasse. Ute und Holger hatten sich gemeinsam 1988 dem Prozess



Knastkundgebung in Itzehoe, Foto: Marily Stroux

entzogen und sind zusammen im Dezember 1989 festgenommen worden.

Die Pressekampagne gegen die Hafenstrasse zu Beginn des Prozesses spielt zur Zeit keine Rolle mehr. Was aber nicht heißt, daß die Inszenierung „RAF in der Hafenstrasse“ für immer gestorben ist.

Holgers Anwalt und Anwältin haben gegen das Urteil Revision eingelegt.

Im Folgenden veröffentlichen wir einen grösseren Auszug aus Holgers letzter Erklärung im Prozess vom 30.9.1991:

**E**s kann gar keinen zweifel daran geben, daß sie nach vorgabe der anklage aburteilen werden. das ist klar aus den langen jahren erfahrung mit prozessen gegen den widerspruch zu diesem system und weil sie grad in diesem verfahren die verurteilung wegen mitgliedschaft brauchen, um darauf aufbauen zu können für ihre weitere planung.

deswegen nehmen sie auch in kauf, daß sie am ende als das dastehen, was sie sind: terroristjustiz, die über die offenkundige haltlosigkeit ihrer konstrukte und den widerspruch dazu hinwegstiefeln. das einzige relative kriterium für sie ist, ob sie materiell in der lage sind, ihre maßnahmen auch durchzusetzen, ob der widerspruch gegen sie in für sie aushaltbaren grenzen bleibt. es ist eine politische frage.

die mühen der aufklärungsarbeit über die vorgehensweisen und den charakter der staatschutzjustiz können diese grenze nicht durchbrechen, aber sie sind eine grundlage, die den bewegungsraum des staatschutzes zumindest einengt, sie zwingt, farbe zu bekennen, und auf der weiter aufgebaut werden kann.

ich fands schade, daß in dem was mir von der arbeit der prozessgruppe bekannt wurde, so wenig davon rüber kam, was ihre eigene motivation ist, sich gegen diesen prozess zu verhalten, oder – besser gesagt – daß die ansätze dazu nicht bestimmender wurden. darum müssen wir überhaupt mehr reden, nun aber mit dem urteilsspruch wird hier ja nichts zu ende sein – und das hier ist sicherlich auch nicht mein „letztes wort“ – und jetzt wird es darum gehen, möglichst zügig und zusammen die erfahrungen zusammenzufassen und zu überlegen, was damit jetzt gemacht werden soll.

diese aufarbeitung wird ein teil des bodens sein, genauer daran weiterzuüberlegen, wie wir die angriffe auf widerstand und gefangene – worin der prozess ja genau ein teil ist – werden zurückschlagen können. denn daran, wie sie ihre harte haltung, ihren durchmarsch gegen uns gefangene und unsere forderung

durchsetzen wollen, kommt nur zum ausdruck, wie sie hier generell ihre macht durchsetzen wollen, wofür begriffe wie „neue weltordnung“, „europa 92“ etc. stehen.

das plattwalzen aller widersprüche für uns gefangene ist die situation weitgehend festgefahren.

für die entwicklung neuer vorstellungen von uns aus brauchen wir die lebendige und direkte diskussion untereinander und einen lebhaften und umfassenden austausch mit den verschiedenen zusammenhängen draußen. die bedingungen, mit denen das ansatzweise möglich wäre – also zusammenlegung – haben wir aber nicht. um aber teil einer umfassenden diskussion zu sein, die eine grundlage dafür ist diese bedingungen durchzusetzen, bräuchten wir genau diese bedingungen.

in diesem widerspruch bewegen wir uns permanent.

ihn überwinden zu wollen und müssen, das ist für uns der ausgangspunkt jeder diskussion, die wir unter diesen bedingungen noch hinkriegen. und weil das manchmal mißverstanden wird: d.h. nicht daß wir nur noch und ständig über bedingungen und zielen wollen.

**I**m gegenteil würden wir gern und endlich wegkommen von diesen bedingungsdiskussionen, die einfach viel kraft und energie schlucken und blockieren. energie und konzentration, die dafür gebraucht würde, die ganzen letzten jahre mal ausführlich aufzuarbeiten und gemeinsam zu neuen ideen zu kommen, wie der dringend nötige umwälzungsprozess unter veränderten globalen bedingungen angepackt und entwickelt werden kann – ohne immer so viel von der spezifischen unterdrückung von uns gefangenen, den permanenten angriffen reden zu müssen.

das würde die ganze situation ein ganzes stück offener machen.

politisch sind das ja ähnliche grenzen wie z.b. bei der prozessarbeit, die über das arbeiten an den konstrukten nicht weiter kommen kann als bewusstsein über den charakter des systems zu entwickeln, daß illusionen über diesen bürgerlichen „rechtsstaat“ zusammenbrechen, und daß er als gewaltapparat identifiziert wird. das bleibt auch weiter wichtig.

aber – und das ist die erfahrung aus den letzten jahren prozess – und anderer arbeit – wir kommen darüber nicht zu einer vorstellung, wie wir hier die kraft entwickeln können, menscheninteressen gegen den technokratischen machtapparat durchzusetzen, weil darin einfach viel die rede ist von dem ganzen dreck, er wird darin offengelegt, und zu wenig vom eigenen, der motivation und lebendigkeit, die die mobilisierende kraft hat, den dreck zu überwinden.

darum geht es uns, darauf wollen wir uns viel mehr konzentrieren, wie das jetzt neu entwickelt werden kann, mit all denen die das auch wollen.

das heißt also, wir brauchen raum für diskussion und natürlich öffentlichkeit, in den medien, um uns auch halbwegs authentisch vermitteln zu können. das fürchtet der staatschutz offensichtlich wie die pest, daß wir mehr menschen erreichen könnten und damit das von ihnen gezeichnete bild über uns zusammenbricht, sie ihr informationsmonopol aus den händen verlieren. wir haben die wahrheit nicht zu fürchten. im gegenteil, wir kämpfen um sie.“